

Grundsteuer B:

76.000 Euro mehr von Mietern und Eigenheimbesitzern

Die SPD und die GRÜNEN sprachen sich in der Stadtvertretung für die Erhöhung der Grundsteuer B von 487 auf 500 Punkte aus, am Ende setzten FWB und CDU eine Erhöhung auf 510 Punkte durch. Die BALL-Stadtvertreter stimmten keiner Erhöhung zu. Durch die Erhöhung werden Mieter, Eigenheimbesitzer und Gewerbetreibende jährlich mit rund 76.000 Euro mehr belastet. Insgesamt fließen ca. 1.86 Mio. Euro jährlich an Grundsteuer B von Mietern und Eigenheimbesitzern in die Stadtkasse.

Die BALL kritisierte die Erhöhung deutlich vor allem aus zwei Gründen:

1. Die CDU/GRÜNEN-Landesregierung zwingt quasi die Stadtvertretungen in finanzschwachen Städten wie Barmstedt dazu die Steuern auf einen Mindestbetrag von 500 Punkten zu erhöhen, sonst gibt es keine „Fehlbe-tragszuweisung“, um das große Haushaltsdefizit etwas zu lindern. Diese Quasi-Erpressung frei gewählter Stadtvertreter widerspricht dem Grundrecht auf freie Selbstverwaltung der Gemeinden. Die Position der BALL: Gemeinden müssen genügend Steueranteile erhalten, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können, und dann können die Stadtvertretungen nach der Situation vor Ort frei entscheiden – ohne erpresserische Auflagen.

2: Durch die Erhöhung der Grundsteuer B werden die Nebenkosten in den Mietwohnungen weiter ansteigen, und das trifft die einkommensschwächeren Menschen besonders stark. **Das lehnt die BALL ab.**

Stadtvertretung beschließt Haushalt für 2026:

Finanznot in Barmstedt nicht lösbar

Im Dezember hat die Stadtvertretung den Haushaltsplan für 2026 beschlossen. Dieser geht von einem Haushaltsdefizit der Stadt Barmstedt von knapp 7,6 Mio. Euro im Jahr 2026 aus. Die Aussichten für die nächsten Jahre sind nicht besser. Immerhin konnten alle sozialen und kulturellen Einrichtungen der Stadt, die Ausstattung der Schulen, die Sportförderung, die Schwimmhalle und die Arbeitsplätze in den städtischen Einrichtungen abgesichert werden. Dennoch gibt es wesentliche Kritikpunkte am Haushalt aus BALL-Sicht:

- Alle Ansätze für Soziales, Kultur, Sport, Jugendarbeit, die oftmals seit Jahren eingefroren sind, werden durch die Inflationsrate faktisch weiter gekürzt
- Mieter und Eigenheimbesitzer zahlen die höhere Grundsteuer. (s. Artikel)
- Die Wohnungsnot ist groß, aber es gibt keinerlei Fortschritt bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.
- Weit mehr als 1.000 Menschen leben in Barmstedt in schwierigen finanziellen und sozialen Verhältnissen, und der Haushalt der Stadt enthält



nahezu nichts zur Unterstützung dieser Menschen

■ Ein dickes Klimaschutzkonzept wurde von der Stadtvertretung verabschiedet, aber wenn es um konkrete, neue Maßnahmen geht: so gut wie Fehlanzeige.

Und trotz der Bürgerbelastung und der vielen Leerstellen im Haushalt liegt das Defizit bei 7,6 Mio. Euro. Vertreter der FWB-Fraktion wollten mit noch rigoroseren Maßnahmen wie der Wiedereinführung von Straßen-

ausbaubeiträgen die Menschen zur Kasse bitten.

Doch wie auch gedreht, gekürzt und abkassiert wird: im Endeffekt kommt die Stadt nicht aus der Finanznot heraus. Man muss nur über den Tellerrand schauen: 2024 hatten die Kommunen in Schleswig-Holstein Haushaltsdefizite von über 750 Mio. Euro, und für 2026 versinken immer mehr Kommunen in höhere Defizite.

Die Situation in Barmstedt ist also keine besondere. Die

Soziale Hilfen dringlich

Die Stadtvertretung beschloss eine zusätzliche halbe Stelle für das Rathaus, um das „digitale Marketing“ zu verbessern. Diese Stelle wird für drei Jahre zunächst erheblich gefördert. BALL-Stadtvertreter Dr. Günter Thiel vertrat die Auffassung, dass diese Aufgaben im Prinzip mit dem vorhandenen Stellenplan im Rathaus zu erledigen sein müssten. Barmstedter Vereine, Kultureinrichtungen und Gewerbetreibende betreiben ihr „digitales Marketing“ ehrenamtlich und selbst. „Dringlicher wäre es eine Stelle zu schaffen, um Menschen in absoluter Not und bei Problemen zu beraten und zu unterstützen“, so der BALL-Stadtvertreter.

erwache, der vermutlich mehr als 20 Mio. Euro kosten soll und die Finanzkraft Barmstedts völlig überfordert, gibt es bislang keine nennenswerten Zuschüsse. Für Investitionen muss die Stadt 11,5 Mio. Euro an neuen Krediten aufnehmen. Die jährlichen Zinszahlungen erreichen inzwischen rund eine Million Euro. In der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein steht, dass den Gemeinden das Recht der freien Selbstverwaltung gewährleistet wird. Bei einem Haushaltsloch von 7,6 Mio. Euro gibt es keine „freie Selbstverwaltung“. Da werden die Stadtvertreter quasi genötigt die Bürgerinnen zur Kasse zu bitten oder zu kürzen. Das lehnt die BALL ab. Das Ringen um so hohe Steueranteile für die Gemeinden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können, geht weiter. Bei einer anderen Politik sind die Mittel da, die in den Gemeinden fehlen: Auf rund 100 Milliarden jährlich werden die Ausfälle durch Steuerhinterziehung und -flucht vor allem des großen Kapitals geschätzt, ganz zu schweigen vom überaus gefährlichen Milliarden-Hochrüstungswahnsinn der Bundesregierung bzw. EU, bei der Deutschland den größten Anteil zahlt.



Dr. Günter Thiel
Hauptausschuss

Krankenhauskonzerne sahen ab

Nicht nur in Barmstedt merken die Menschen, dass es um das Gesundheitssystem nicht gut steht. Die Versuche in der Stadtvertretung eine Erweiterung der ärztlichen, vor allem fachärztlichen Versorgung zu erreichen, sind bislang ohne Ergebnis geblieben und müssen weitergehen. Obwohl die Bevölkerung für das deutsche Gesundheitswesen in Europa am meisten bezahlt, liegen die Gesundheitsergebnisse nach einer EU-Studie nur auf europäischem Mittelmass. Im neuen Jahr steigt der Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung bis auf 2.9%. Das Gesundheitswesen krankt vor allem an der Profitgier von Pharma- und Gesundheitskonzernen, und jetzt soll es auch noch „kriegstauglich“ gemacht werden.

Bundesweit wurden 2025 weitere Krankenhäuser geschlossen. Vor allem öffentliche Grundver-



sorger verschwinden. Im Gegensatz dazu sind private Krankenhauskonzerne auf Gewinnkurs. 2025 wurde an 13 Standorten der Betrieb eingestellt. Es hätte sogar doppelt so schlimm kommen können, wie das von „Gemeingut in BürgerInnenhand“ (GiB) getragene „Bündnis Klinikrettung“ veröffentlichte. Die vergleichsweise geringe Zahl an Schließungen begründe sich darin, dass

13 von Abwicklung bedrohte Häuser kurzfristig noch gerettet werden konnten. Das sei „kein Grund zur Entwarnung“, so der Verbandssprecher von GiB. Ab 2026 beginnt die von der neuen CDU/SPD-Regierung „nachgebesserte“ große Krankenhausreform zu wirken. Deren Ziel ist eine weitere Ausdünnung der Versorgungslandschaft. Die Folgen, vor allem der weitere Verlust kleine-

rer Allgemeinkrankenhäuser im ländlichen Raum, würden dann in den nächsten Jahren voll durchschlagen. Seit 2020 haben bundesweit 101 Häuser mit knapp 12.500 Betten dichtgemacht. Von einst 2.362 Kliniken sind heute kaum mehr 1.800 übrig. Mit der 1985 eingeleiteten Krankenhausfinanzierung hielt das Markt- und Konkurrenzprinzip Einzug in den Kliniksektor. Von da an war es Krankenhäusern erlaubt, Gewinne zu erwirtschaften, was den Beutezug der Privatkonzerne einläutete. Heute sind sie mit einem Anteil von 40 Prozent ein dominanter Player auf dem „Markt“. Andererseits halten die staatlichen Krankenhäuser über 80 Prozent der Betten vor, die Privaten gerade einmal 19 Prozent. Erstere betätigen sich überwiegend in der Allgemein- und Notfallversorgung, während sich Private auf planbare Spezialbehandlungen

in Fachkliniken spezialisieren. Die Öffentlichen und Gemeinnützigen besorgen also die Daseinsvorsorge, die Krankenhauskonzerne picken sich die Rosinen heraus. 83 Prozent der Privaten generieren Gewinne, wohingegen die Öffentlichen zu 89 Prozent Verluste auftürmen. Klar, dass das anhaltende Kliniksterben vor allem gemeinnützige Häuser betrifft, und damit die für die Allgemeinheit nötigsten Strukturen der Grundversorgung wegbrechen. Beispielhaft zeigt sich das am massiven Schwund von Notaufnahmen und Geburtskliniken, beides Bereiche mit geringer Kalkulierbarkeit. Und weil intensive Betreuung die Kosten hochtreibt, werden heute immer mehr Kaiserschnitte vorgenommen.

Der gegenwärtige Reformprozess stoppt den Niedergang in keiner Weise. Tatsächlich liegen für 2026 bereits 25 Schließungsbeschlüsse vor. Allein damit könnten weitere 100.000 Personen das dann nächstgelegene Krankenhaus nicht mehr innerhalb einer halben Stunde Fahrzeit erreichen.

BALL: 35 Jahre und weiter

Vor 35 Jahren schlossen sich Menschen unserer Stadt zu einer linken Barmstedter Wählergemeinschaft zusammen. Dieses waren parteilose Linke, Gewerkschafter, Sozialisten, Kommunisten, Aktive aus verschiedenen Bürgerinitiativen. Die „BARMSTEDTER LINKE LISTE“ – kurz BALL war geboren, und einige der Gründer sind heute noch dabei. Das Ziel war: Gemeinsam eintreten für eine soziale, demokratische, ökologische, antifaschistische und friedensorientierte Politik. Bei allen Kommunalwahlen wurden Vertreter/innen der BALL, bisweilen mit Stimmenanteilen bis zu 20 %, in die Stadtvertretung gewählt. Sie haben dort mit Unterstützung aus der Bevölkerung einiges erreicht und so manches verhindert.

Das waren unsere Schwerpunkte:

- Die BALL ist konsequent dem Sozialabbau, kommunalen Preis- und Gebührenerhöhungen sowie weiteren finanzielle Belastungen der Menschen und der kleinen Gewerbetreibenden entgegengetreten.
- Die BALL hat sich für den Erhalt und Ausbau der sozialen und kulturellen Arbeit, der Stadtbücherei, des Jugendzentrums und für die Förderung der Arbeit der Sportvereine eingesetzt.
- Die Schaffung vieler neuer Kindergartenplätze einschließlich der Kita-Neubauten trägt nicht zuletzt auch die Handschrift der BALL.
- Für die erforderliche Ausstattung und Instandhaltung der Schulen und die Durchsetzung der vollen Lernmittelfreiheit hat die BALL sich eingesetzt.
- Die BALL hat einen hohen Anteil daran, dass Mieter und Hausbesitzer nicht mehr für die hohen Straßenausbauskosten herangezogen werden.
- Die BALL hat die hohen Mieten und die Wohnungsnot in Barmstedt sowie die Forderung nach dem Bau bezahlbarer Wohnungen auf die Tagesordnung gebracht. Um spürbare Verbesserungen zu erreichen ist allerdings noch mehr Druck erforderlich.
- Die BALL hat auf die schädlichen Auswirkungen für Anlieger, Verkehr und die Innenstadt durch die Meiereiansiedlung hin-

gewiesen. Die Meierei verursacht Umweltbelastungen, schöpft riesige Wassermengen ab und erhält finanzielle Vergünstigungen – dies hat die BALL immer wieder massiv kritisiert.

Immer wieder hat die BALL die wesentlichen Ursachen der Finanznot beim Namen genannt, so u. a. die Riesenmilliarden, die durch Steuerflucht und Steuerergeschenke an große Konzerne und

einsetzen. In diesem Sinne soll es auch in den kommenden Jahren weitergehen, und dann muss auch in den Kommunen eine Brandmauer gegen die unerträgliche Kriegsrhetorik und Kriegsvorbereitungspolitik gezogen werden, und es müssen die bundesweiten Initiativen für



- Die BALL hat die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen sowie die Initiativen zur sozialen Integration voll unterstützt.
- Die BALL hat wiederholt versucht die Erinnerung an die mehr als 20 Barmstedter hoch zu halten, die wegen ihres Widerstands gegen die Nazi-Diktatur in Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt wurden.
- Barmstedt ist eine der vielen extrem finanzschwachen Gemeinden. Für die kommenden Jahre sind jährliche Defizite von über 6 Millionen Euro vorgesehen. Immer mehr bestimmt die Kommunalaufsicht und nicht die von der Bevölkerung gewählte Stadtvertretung, was in Barmstedt noch möglich ist.

Wirtschaftskriminalität verloren gehen. Ganz zu schweigen von der wahnsinnigen Steigerung der Rüstungsausgaben.

■ Vor allem haben wir einen Beitrag geleistet, dass die Kommunalpolitik in Barmstedt nicht hinter verschlossenen Türen gemacht wurde. „Damit man draußen sieht, was drinnen geschieht“ – dazu trägt u. a. die BALL-Zeitung bei. In den zurückliegenden fünfundsiebzig Jahren wurden gut 600.000 (!!!) Exemplare verteilt, um die Barmstedterinnen und Barmstedter kommunalpolitisch zu informieren.

Und die BALL ist an der Seite der Menschen, die sich selbst für ihre sozialen und demokratischen Rechte und Interessen

einen Politikwechsel in Richtung Frieden, Diplomatie, Abrüstung und Entspannung unterstützt werden.

Aktuell ist die BALL durch Henrik Pünner, Thekla Ziesenitz-El Ghouti, Reimund Bauer und Dr. Günter Thiel in der Stadtvertretung vertreten, in den Ausschüssen arbeiten Klaus Kuberzig, Britt Schölermann, Herbert Flick, Katharina Schwietering, Peter Lorenzen, Jessica Hoppe und Helmut Welk mit.

Wir freuen uns auf weitere Barmstedter/innen, die mit neuen Ideen und Anregungen die soziale und demokratische Entwicklung unserer Stadt mitgestalten wollen.

Affront gegen Sportverein

Es gibt ein neues Bundesförderprogramm zur Sanierung und zum Neubau von Sportanlagen, bei dem finanzschwache Kommunen und Vereine bis zu 75% an Zuschüssen erhalten können. Der Antrag der Sportvereine muss durch die Kommune gestellt werden. Im ersten Schritt gibt es ein Interessenbekundungsverfahren, und die Frist dafür endet am 15. Januar 2026.

Die Tennismgemeinschaft hat für die erforderliche Grundsanierung ihrer Plätze und für den Neubau des Sporthauses mit Umkleieräumen, Sanitärbereich und Gemeinschaftsraum kurzfristig eine erste Projektskizze zur Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren vorgelegt, und nun hätte die Stadt für den Sportverein diese anmelden müssen. Doch weder Hauptausschuss noch Stadtvertretung in

der Sportstadt Barmstedt – die BALL und ein CDU-Vertreter ausgenommen – wollten sich überhaupt mit dem Anliegen der Tennismgemeinschaft befassen. Das ist schon ein ziemlicher Affront gegenüber einem ehrenamtlich betriebenen Sportverein, der einen wichtigen Stellenwert für Barmstedt einnimmt.

Sinkender Lebensstandard angekündigt

Jeder wird spüren, dass wir sparen. Also, man kann nicht im Jahr 2028 60 Milliarden Euro einsparen, und keiner kriegt es mit.“ So der Vizekanzler und Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) in der jährlichen ZDF-Sondersendung Markus Lanz – Jahresrückblick (17.12.25) Mit diesen Worten will er die Deutschen auf weitere harte Einschnitte einstimmen. Auch Bundeskanzler Friedrich Merz setzt auf die Senkung des Lebensstandards um Deutschlands



internationale „Wettbewerbsfähigkeiten“ wieder zu erhöhen. Unter den hohen Energiepreisen für Öl und Gas durch den Boykott

russischer Energieträger sowie einem schwierigen wirtschaftlichen Verhältnis zu den USA bleiben für die Bundesregierung nur noch Lohnsenkungen für eine verstärkte wirtschaftliche Exportorientierung übrig. Schon einmal, mit der „Agenda 2010“, versuchte Deutschland auf Kosten der arbeitenden Menschen sich einen internationalen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Der Umbau des Sozialstaats führte zu deutlichen Lohnsenkungen. „Auch wenn es noch keine

konkreten Entscheidungen gibt: Die Bürger im Land werden sich in den kommenden Jahren wohl auf Einschnitte einstellen müssen“ so Spiegel-online.

Dennoch will die Bundesregierung nichts unternehmen, um die Nachfrage im Inland zu stärken. Dies wäre jetzt die einzige Möglichkeit, die deutsche Wirtschaft zu stimulieren. Im Gegenteil machen die Aussagen Klingbeils deutlich, dass er die Nachfrage (Kaufkraft) weiter drücken möchte.

Schulstreik gegen Wehrpflicht

Mehr als 55.000 Schülerinnen und Schüler gingen gegen den „neuen Wehrdienst“ auf die Straße. Zeitgleich wurde am 5. Dezember im Bundestag ein sogenanntes „Wehrdienstmodernisierungsgesetz“ beschlossen. Wenn nicht genügend junge Männer freiwillig zur Bundeswehr gehen, soll es wieder Pflicht werden.

Von Kiel bis München, von Göttingen bis Potsdam blieben viele Klassenzimmer leer. Das zeigt: Die Schülerinnen und Schüler sprechen sich nicht nur in Meinungsumfragen gegen die Wehrpflicht aus, sondern sind bereit, dagegen aktiv zu werden. Sie haben Mut bewiesen, denn sie möchten nicht sechs Monate lernen

in denen Schülervertretungen, wie zum Beispiel die LSV NRW, die SSV Frankenthal, die BSV Bochum, der LSA Berlin oder die KSV Kiel eine wichtige Rolle spielen. Viele von ihnen haben mit großem Engagement Demonstrationen vorbereitet, Reden geschrieben, Plakate gestaltet, Umfragen durchgeführt und Mitschülerinnen und Mitschüler mobilisiert. Der bundesweite Aktionstag zeigt, wie groß der Widerstand gegen das beschlossene Gesetz ist. Laut diesem Gesetz sollen zunächst ab Januar 2026 alle 18-Jährigen einen Fragebogen zur sogenannten „Wehrdiensttauglichkeit“ ausfüllen; junge Männer müssen diesen ausfüllen und sollen darüber hinaus verpflichtend gemustert werden.



zu töten. Sie wollen nicht im Krieg sterben.

In mehreren Städten waren Schülerinnen und Schüler von teils massiven Repressionen durch die Kultusministerien der Bundesländer, Schulleitungen und Versammlungsbehörden betroffen. Trotzdem beteiligten sich in mehr als 80 Städten Schülerinnen und Schüler an der ersten Schulstreikaktion gegen die Wehrpflicht. An vielen Orten wurden die Schülerinnen und Schüler aber auch von Eltern und Lehrern, zum Beispiel von der Lehrgewerkschaft GEW, unterstützt.“

Auch in den Reden wurde deutlich, warum die Schülerinnen und Schüler ihre Klassenzimmer verlassen haben. Sie sollen für Deutschland kriegstauglich werden – doch sie fordern das Recht in Frieden zu leben. Sie wollen keine Wehrpflicht und keinen Krieg. Sie wollen gute Bildung, echte Zukunftschancen und ein Leben ohne Zwang und Drill.

Für viele Jugendliche bedeutet das einen enormen Druck. Sie fordern ein Recht darauf selbst zu bestimmen, welchen Weg sie gehen – und sie wollen sich nicht in militärische Strukturen drängen lassen.

Mit dem Schulstreik endet der Protest nicht. „Wir bleiben laut, bis die Wehrpflicht vom Tisch ist. Wir werden jedem Schritt zur Einführung der Wehrpflicht etwas entgegensetzen“, meinten die Schülersprecherinnen und Schulsprecher. Für den **5. März 2026** ruft die Initiative Schulstreik gegen Wehrpflicht deshalb zum nächsten bundesweiten Streik auf, der noch größer und stärker werden soll. Bis dahin werden sich die Schülerinnen und Schüler auf die nächsten Streiks vorbereiten und sich gegen Bundeswehrwerbung an ihren Schulen einsetzen. Sie rufen alle Menschen – ob jung oder alt – auf, sich dem Protest anzuschließen und die Schülerinnen und Schüler zu unterstützen.



Helmut Welk
Kriegsdienstverweigerer

Weitere Informationen gibt es unter: <https://www.instagram.com/schulstreikgegenwehrpflicht/>
<https://schulstreikgegenwehrpflicht.com>

Getragen wurde der Schulstreik von lokalen Initiativen, Streikkomitees und Bündnissen,